V1 Jede Stimme für Bündnis 90/Die Grünen stärkt konsequenten Klimaschutz in den Kommunen

Gremium:	LAG Energie
Beschlussdatum:	17.01.2019
Tagesordnungspunkt:	7 Verschiedene Anträge

Antragstext

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern stellt fest:

- Entsprechend des Pariser Abkommens muss Klimaschutz, also Maßnahmen zur Verhinderung einer massiven Klimaänderung, ein zentrales politisches Handlungsfeld sein, um den Temperaturanstieg auf möglichst 1,5°C zu begrenzen.

- Die Auswirkungen des Klimawandels werden auch in Mecklenburg-Vorpommern immer deutlicher spürbar. Daraus folgen erhebliche Herausforderungen bei Klimaschutz und bei klimabedingten Anpassungsmaßnahmen. Klimawandelfolgeanpassungen sind erforderlich, um eintretenden Auswirkungen gerecht zu werden (Dürreperioden, Trinkwasserreserven und Meeresspiegelanstieg etc.).

- Die durch den Klimawandel entstehenden Kosten liegen deutlich über den Kosten für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen.

- Ein Teil der Kommunen haben die Bereitschaft erklärt, eine Vorbildfunktion bei Klimaschutz und Klimaanpassung zu übernehmen, und fordern dazu die notwendigen Rahmenbedingungen.

- Die Kommunen sind den Folgen des Klimawandels direkt ausgesetzt. Diese werden durch fehlende politische Regulierung auf übergeordneten Ebenen in ihrer negativen Wirkung verstärkt.

Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern beschließt:

- Bündnisgrüne in den Kommunalparlamenten werden dafür arbeiten, Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale Pflichtaufgaben festzusetzen. Das schließt eine notwendige finanziellen Befähigung dafür durch Land und Bund ein.

- Auf kommunaler Ebene werden wir uns für einen konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien einsetzen.

- Divestment sehen wir als integralen Bestandteil, den Ausbau fossiler Energieinfrastruktur zu unterbinden.

- Bündnisgrüne werden auf allen Ebenen dafür kämpfen eine Verkehrswende einzuleiten und teilweise fortzusetzen, die flächengerecht auf den Ausbau von Rad- und Fußverkehr und ÖPNV setzt.

Bündnisgrüne sehen Klimaschutz und -anpassung als Querschnittsaufgabe, die den Ausbau der kommunalen Infrastruktur, den verstärkten Schutz der Naturräume und der Biodiversität, Vermeidung fortschreitender Flächenversiegelung, resiliente Stadtplanung, sowie eine Weiterentwicklung und Ausrüstung des Katastrophenschutzes und der Feuerwehren beinhaltet.

Begründung

Quelle: Resolution der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Regionalkonferenz Herausforderung Infrastruktur – Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels am 26.09.2018 in Schwerin